



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

83. Ratssitzung vom 24. Januar 2024

2761. 2023/191

Postulat von Michele Romagnolo (SVP) und Sebastian Zopfi (SVP) vom 05.04.2023:

Strategie zur Eindämmung der eskalierenden Jugendgewalt an den städtischen Schulen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Michele Romagnolo (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1670/2023): Kinder und Jugendliche mit Problemen benötigen keine Therapiemassnahmen, sondern die Unterstützung und Erziehung durch die Eltern. Die Gewalt an Schulen, vor allem in der Stadt Zürich, hat in den letzten fünf Jahren massiv zugenommen. Neben der körperlichen Gewalt werden immer mehr Jugendliche Opfer von sexueller Belästigung, Mobbing und Erpressung. Oft sind die Täter aus gleichaltrigen Klassen oder Schulkameraden mit Migrationshintergrund. Der angesehene Forscher und Kriminologe Denis Ribeaud der Universität Zürich sagte, dass oft Jugendliche für Gewalt und Wertvorstellungen verantwortlich sind. Immer mehr Lehrpersonen beklagen sich über körperliche Gewalt zwischen Schülern. Häufig sind Bedrohungen und Demütigungen zu beobachten. Umso wichtiger ist es, dass die Eltern mehr Verantwortung übernehmen. Lange Zeit hat man zugeschaut und alle möglichen Ausreden, Erklärungen und Entschuldigungen erfunden. Zitat aus dem Blick des Jahres 2023: «Eltern tauchen mit Sackmesser und Pistole auf. Immer mehr Eltern mischen sich in den Schulbetrieb ein. Manche setzen dabei sogar auf Drohungen und Gewalt gegenüber Lehrern, wie eine neue Umfrage zeigt.» In einer Studie über Gewalt an Zürcher Schulen ist zu lesen: «Eine Befragung der Lehrpersonen im Kanton Zürich zeigt Gewalt an Zürcher Schulen allgegenwärtig. Insbesondere psychische Angriffe kommen häufig vor. Die Forschenden kritisieren das Fehlen von Massnahmen.» Die Häufigkeit der beobachteten Gewaltvorfälle auf der Sekundarstufe II wird folgendermassen angegeben: Psychische Gewalt 72 Prozent, Mobbing 55 Prozent. Das gleiche zeigt sich bei der Volksschule: Psychische Gewalt 66 Prozent, physische Gewalt 50 Prozent, Mobbing 67 Prozent. Jetzt ist es Zeit, zu handeln. Wenn wir diese Probleme nicht angehen und wegsehen, wird die Problemliste jedes Jahr länger. Wiederholte Gewalttäter sollen in andere Schulen verlegt werden. Bei schweren Fällen müssen die Täter sofort von der Schule verwiesen werden. Schülerinnen und Schüler mit problematischer Herkunft sollen eine Instruktion erhalten, in der unsere Werte vermittelt werden. Wenn Gewalt in den Schulen auftritt, müssen private Sicherheitsdienste beauftragt



werden, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Sensibilisierungskurse für Lehrer und Schüler sollen durch die Stadtpolizei angeboten werden. Anstelle teurer Sondersettings braucht es wirksame Abschreckmittel. Gewaltprävention kann nur gelingen, wenn alle Betroffenen einbezogen werden und gemeinsam handeln. Wir fordern eine Nulltoleranz für Gewalt in Schulen. Dem Textänderungsantrag der Mitte stimmen wir zu.

Sophie Blaser (AL) begründet den von Moritz Bögli (AL) namens der AL-Fraktion am 19. April 2023 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat der SVP will etwas regeln, das bereits geregelt ist. Wir Lehrpersonen, die Schulleitungen und das Betreuungspersonal sind für die Unversehrtheit der uns anvertrauten Schüler*innen zuständig. Die Beratungsstelle für Unfallverhütung (BFU) schreibt dazu: «Die Lehrpersonen haben Gefahren vorausschauend einzuschätzen, die anvertrauten Schülerinnen und Schüler zu beaufsichtigen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen. Gleichzeitig haben Lehrpersonen aber auch im Rahmen ihrer Möglichkeit dafür zu sorgen, dass ihre Schützlinge selbst keinen Schaden anrichten.» Auch kann mit diesem Postulat kein Einfluss auf die Schulpflicht genommen werden. Schon heute gibt es rechtliche Möglichkeiten, Schüler*innen zu versetzen und sie anderen Schulen zuzuteilen. Nach 18 Uhr sind Schulanlagen nicht anders zu behandeln, als anderer öffentlicher Grund; somit erschliesst sich uns der Fall aus der Begründung nicht. Was die SVP mit «unseren Werten» meint, verstehen wir ebenso wenig. Schliesslich merken wir jeden Mittwoch, dass unsere Werte und Haltungen nicht die gleichen sind. Welche Werte die Schulen vermitteln sollen, wird im Lehrplan 21 definiert. Die Textänderung der Mitte ändert nichts, wir lehnen das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

David Ondraschek (Die Mitte) stellt folgenden Textänderungsantrag: Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er eine Strategie zur «Stärkung der natürlichen Autorität von an städtischen Schulen angestellten Personen ausarbeiten kann, mit dem Ziel, die eskalierende physische und psychische» Jugendgewalt an Stadtzürcher Schulen «einzudämmen». Das Augenmerk soll auf die «Sicherstellung» an Stelle der «Umsetzung» von Recht und Ordnung auf den Schularealen «gerichtet werden». Neu dazu kommt der letzte Satz: «Dabei soll systematisch auf erfolgreich erprobte pädagogische Konzepte (z. B. Neue Autorität) gesetzt werden.» Gewaltsituationen an Schulen sind leider keine Seltenheit und verdienen besonderes Augenmerk. Mit dem abgeänderten Postulat fordern wir griffige pädagogische Instrumente für Lehrpersonen und weitere an den Schulen angestellte Personen. Entsprechende Konzepte existieren bereits und kommen an verschiedenen Stadtzürcher Schulen zur Anwendung. Das Konzept der «Neuen Autorität», auch als «Stärke statt Macht» bekannt, ist eines davon. Solche Ansätze wirken nicht nur deeskalierend, sie fördern die im Lehrplan 21 definierten überfachlichen Kompetenzen.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Die GLP sieht, dass Gewalt unter Jugendlichen und somit an Schulen zu Problemen führen kann. Wir fragen uns, wie das Postulat dieses Problem konkret lösen will. Das zitierte Merkblatt «Schulpflicht, Disziplinar massnahmen



und Elternpflichten» zeigt den Weg auf, nämlich dass im Einzelfall auf Schulebene und Augenhöhe Lösungen gesucht werden müssen. Der von der SVP verwendete Begriff Jugendgewalt kann und soll nicht mit dem Konzept von «Law and Order» auf dem Schulplatz oder mit privaten Sicherheitsdiensten gelöst werden. Der Ansatz wird weder der Komplexität der unterschiedlichen Formen von Gewalt noch der Lösungsfindung gerecht. Im Bedarfsfall verfügt die Schule über Kompetenzen, um notwendige Massnahmen zu ergreifen. Sollte dies nicht ausreichen, kann die Fachstelle für Gewaltprävention des Schul- und Sportdepartements eingeschaltet werden, die über das notwendige Wissen verfügt. Ein neues pädagogisches Autoritätskonzept, wie es in der Textänderung erwähnt wird, greift ebenfalls zu kurz. Um ein solches vorzuschlagen, müsste ein neues Postulat eingereicht werden, weil sich die Textänderung nicht mit der Begründung des Postulats verträgt. Wir lehnen das Postulat mit oder ohne Textänderung ab.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *An der Zürcher Volksschule wird unglaublich viel getan, um jegliche Form von Gewalt zu verhindern. Man achtet auf ein Schulklima der gegenseitigen Achtung und Wertschätzung, respektvolle Kommunikation, partizipative Schulkultur, gute Beziehungen zwischen Lehrpersonen und Schüler*innen und klare Verhaltensregeln. Die Schulleitung und das ganze Schulteam sind bestrebt, diese Verhaltensregeln einzufordern, indem auf Verstösse angemessen reagiert wird. Es finden regelmässige Präventionsveranstaltungen für ganze Klassenstufen oder Schulen statt. Besonders vom Programm «Durch Konflikte lotsen», in dem ausgewählte Schülerinnen und Schüler von der Fachstelle für Gewaltprävention in 22 Modulen ausgebildet werden, bin ich begeistert. Daran nehmen aktuell 38 städtische Schulen teil. Auch mit einer optimalen Prävention lassen sich leider nicht alle Gewalthandlungen verhindern. Aus diesem Grund müssen repressive Massnahmen zur Verfügung stehen. Der Katalog dieser Disziplinar-massnahmen ist im kantonalen Volksschulgesetz festgehalten. Wichtig bei der Anordnung einer solchen Massnahme ist deren Verhältnismässigkeit sowie die Begleitung durch ein Gespräch und allenfalls pädagogische oder therapeutische Massnahmen. Als Schulleiter konnte ich feststellen, dass das Gespräch mit den Jugendlichen und die begleitenden Massnahmen mindestens so wirksam sind, wie die Disziplinar-massnahmen. Im Postulat werden mehrmals die Wegweisung und Versetzung in eine andere Schule empfohlen. Eine so gravierende Massnahme kann nur von der Schulpflege beschlossen werden und sollte als letzte Möglichkeit in Betracht gezogen und sehr zurückhaltend ausgesprochen werden. Das Postulat legt das Augenmerk einseitig auf Repression und eine unnötige Bevormundung des Schulteam und der Schulbehörde, weshalb wir Grüne es ablehnen.*

Marcel Tobler (SP): *Wir sprechen uns selbstverständlich gegen Jugendgewalt und für das Vorgehen dagegen aus. Dass Gewalt an den Schulen in den letzten Jahren massiv zugenommen habe, glauben wir nicht; das wurde von der Kreisschulbehörde und dem Schulvorstand nicht bestätigt. Die Stadt Zürich ist bezüglich Jugendgewalt gut aufgestellt. Die Eindämmung der Jugendgewalt gehört zum Standardauftrag der Schulen, die dafür ein Budget erhalten. Uns wurde versichert, dass konkrete Vorfälle bearbeitet werden. Das Postulat in seiner ursprünglichen Form lehnen wir ab, weil wir keinen Bedarf dafür sehen. Mit der Textänderung der Mitte sind wir einverstanden, da sie den Fokus ändert*



und neue Inputs und Methoden einbringt. Der Stadtrat ist zur Entgegennahme bereit, daher möchten wir dem Ganzen nicht im Weg stehen und stimmen zähneknirschend zu.

Yasmine Bourgois (FDP): Die FDP findet die Idee des Vorstosses richtig: Jugendkriminalität hat gemäss Statistik zugenommen und macht auch vor Schulen nicht halt. Eine städtische Strategie ist sinnvoll. Prävention soll auf allen Ebenen – Behörde, Schule, Lehrpersonen, Eltern, Kind – stattfinden. Die Lehrpersonen tragen eine Verantwortung für das soziale Lernen, brauchen dafür aber die Unterstützung der Schulleitung und des Schulhausteams sowie der Behörde. Letztere hat für Unterstützungsmassnahmen wie Beratungs- und Interventionsstellen zu sorgen. Wenden Jugendliche an Stadtzürcher Schulen Gewalt an, ist es eigentlich schon fast zu spät, weil die ganze Verwaltungsmaschinerie aufgefahren werden muss. Im Kreis der Familie sowie im Zusammensein mit Gleichaltrigen lernen wir, was im Zusammenleben mit anderen Menschen wichtig ist. Neben der Schule braucht es ein Engagement der ganzen Gesellschaft – von Vereinen und von Eltern, die den Kindern zeigen, wie sie ihre Freizeit sinnvoll verbringen können. Dr. Balz Bürgisser (Grüne) stimme ich zu, dass bereits viel gemacht wird; Regeln sind definiert und werden in der Regel umsichtig umgesetzt. Es gibt aber Kinder, denen die Einhaltung der Regeln schwerfällt und deren Eltern an ihre Grenzen stossen. Trotz der Festbeschreibung von Massnahmen fehlt es an einem einheitlichen Konzept, weshalb wir das Postulat annehmen. Die Textänderung finden wir nicht optimal, weil wir zu diesem Zeitpunkt keine Vorgaben zu möglichen Konzepten machen möchten.

Michele Romagnolo (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden. Studien zeigen, dass die Gewalt an Schulen erschreckend ist: «Warum die Jugendkriminalität in der Schweiz steigt. Der alltägliche Hass im Klassenzimmer. In einer Umfrage bei über 1'000 Zürcher Lehrpersonen und Schulleitern berichtet jeder Zweite von körperlichen Angriffen zwischen Schülern. Noch häufiger sind Demütigungen und Bedrohungen.» Das kommt davon, wenn man die Jugendlichen verhätschelt. Wie ihr gegen diesen Prüfauftrag sein könnt, kann ich mir nicht erklären.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er eine Strategie zur Stärkung der natürlichen Autorität von an städtischen Schulen angestellten Personen ausarbeiten kann, mit dem Ziel, die eskalierende physische und psychische Eindämmung der eskalierenden Jugendgewalt an Stadtzürcher Schulen ausarbeiten kann einzudämmen. Diese soll weitergehen als die bisher geleistete Präventionsarbeit und das Augenmerk soll mehr auf die Umsetzung Sicherstellung von Recht und Ordnung auf den Schularealen richtungenerichtet werden. Dabei soll systematisch auf erfolgreich erprobte pädagogische Konzepte (z. B. Neue Autorität) gesetzt werden.

Das geänderte Postulat wird mit 76 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat